

Wir schrecklichen Kinder der Neuzeit

Philosoph Peter Sloterdijk erklärt, wie wir dem Individualismus huldigen – und am Ende doch bei der Gleichmacherei landen



René Scheu

Seinen Namen habe ich an dieser Stelle schon mehrmals buchstabiert: Peter Sloterdijk. Der deutsche Philosoph gehört seit dreissig Jahren zu jenen Zeitgenossen, die mit ihren klugen Analysen zuverlässig anecken. Dies ist umso bemerkenswerter, als er gerne Werke mit stolzem Umfang vorlegt. Sein neues Opus hat 500 Seiten und trägt den vielsagenden Titel «Die schrecklichen Kinder der Neuzeit».

Wer sind diese Kinder? Natürlich wir, die Bewohner der westlichen Wohlstandswelt. Unsere Schrecklichkeit rührt laut Sloterdijk daher, dass wir uns nicht mehr als Nachkommen begreifen wollen, die in grösseren Generationenzusammenhängen stehen. Sloterdijk beschreibt die Genese dieser Haltung minutiös – und legt in der Gegenwart eine höchst bedenkenwerte Fährte, die vom modernen Hyperindividualismus direkt zu seinem kollektivistischen Gegenpart führt, dem Egalitarismus und seiner inflationären Anspruchshaltung. Dieser Fährte will ich hier nachgehen. – Beginnen wir mit Sloterdijks Defini-

tion der Gegenwart: «Wo immer das Interesse an Enterbung und Neubeginn aufflammt, stehen wir auf dem Boden der authentischen Moderne.» Sich in eine Nachkommenschaft einzureihen, gilt als verpönt, die Übernahme eines Bestands an Vermögens-, Kompetenz- und Statuswerten soll Eingeständnis einer persönlichen Niederlage sein: Jeder muss es aus eigenen Stücken schaffen können. Freiheit meint Abstammungslosigkeit. Die Kinder wählen sich selbst ihre Helden, die immer seltener mit den Eltern übereinstimmen, und die Eltern halten es für eine Tugend, wenn sie in erster Linie für sich selbst schauen. Der britische Sänger Sting, ein bekennender Selfmademan, hat eben stolz verkündet, sein Geld zu Lebzeiten auszugeben, um seine Kinder nicht mit grösseren Erbbezügen zu belasten.

Das neue Credo in Sloterdijks Worten: Was einst «privilegierte Herkunft» war, ist «aktuelle Performance» geworden. Und worin diese Leistung besteht, wollen die modernen Selbstbevorzuger auch selbst beurteilen – der Hyperindividualist sagt sich: Kraft welcher Autorität will sich jemand anmassen, über mich zu richten?

Das ist der Punkt, um den es mir geht: Wo kein Respektabstand unter Individuen mehr gilt, herrscht die Kultur des entfesselten Sozialvergleichs, zumal in der medial vermittelten Welt. Jeder vergleicht sich mit jedem, auch wenn er es am Ende nicht aushält, mit dem Ergebnis leben zu müssen. So fragt er

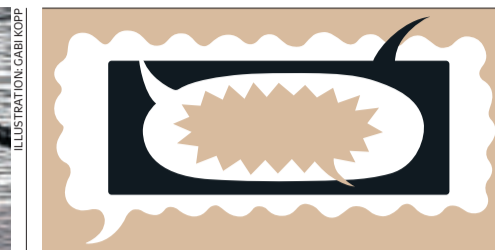


So kommt es, dass in den egalitärsten Grossgesellschaften aller Zeiten die Menschen so reden, als wären sie unterdrückte Vertreter des Bauernstandes im Ancien Régime.

sich im Stillen: Wenn der andere es zu mehr Einkommen, Kompetenz oder Status bringt, hat er dann diesen Erfolg nicht zwangsläufig einem unverdienten Vorteil zu verdanken? Und – sollte er einfach Glück gehabt haben: Ist die Fortuna nicht unfair, da sie Leute wahllos belohnt? Stets fühlen sich die Individualisten benachteiligt – oder moderner: diskriminiert. Hier schlägt der Hyperindividualismus in gleichmacherischen Egalitarismus um, der Stolz in Neid: Die anonyme Grossgesellschaft soll die Bevorzugungen bitte schön beseitigen, denn Auszeichnungen der anderen sind Raub an meinen eigenen Gleichrangigkeitschancen. Und so kommt es, dass in den egalitärsten Grossgesellschaften aller Zeiten – den mitteleuropäischen der Gegenwart – die Menschen so reden, als wären sie unterdrückte Vertreter des Bauernstandes im Ancien Régime.

An der grossen Unzufriedenheit vermochten bisher auch wachsender, wenn auch prekärer Wohlstand und zunehmende Umverteilung nichts zu ändern. Ist der «Erniedrigungsegalitarismus» (Sloterdijk) also das Schicksal von uns schrecklichen Kindern? Keineswegs. Wie künftige Selbsterhebungsspiele aussehen könnten, skizziert der Autor ebenfalls in seinem Buch. Aber klar – Sie müssen nun selbst entscheiden, ob Sie meiner Lektüreempfehlung folgen wollen.

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des liberalen Magazins «Schweizer Monat».



Showdown

Pascal Hollenstein

Die deutsche Tageszeitung «Die Welt» hat diese Woche festgestellt, dass die Bayern punkto Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsniveau im Grunde besser zur Schweiz als zum Rest Deutschlands passen. Wie nun zu hören ist, hat die Schweizerische Bundeskanzlei als Hüterin der Landesgrenzen umgehend eine grausam geheime Expertengruppe eingesetzt, die sich mit der Frage einer teilweisen oder gänzlichen Übernahme der Bajuwaren in den helvetischen Volkskörper befasst. Die Mitglieder tagen unter dem Tarnnamen «Bavaria relocata» klandestin an einem geheimen Ort im dritten Stock des Bundeshauses West, Zimmer 3, jeweils am letzten Freitag des Monats von 13 bis 14 Uhr. Um den konspirativen Charakter der Sitzungen zu wahren, verkleiden sich die Experten, wobei die Edmund-Stoiber-Larve dem stets angeheiterten Brauereimitarbeiter Heinz Grütter aus Tobel-Tägerschen gehört. Erwin Gabathuler, ein ebenfalls als Sachverständiger aufgebotener pensionierter Lederhosenfetschist aus Bümpliz, tarnt sich mit einem Toupet von SVP-Nationalrat Luzi Stamm, das er als Bart trägt. Bundeskanzlerin Corinna Casanova hat als einzige Konspirantin auf eine Camouflage verzichtet, da sie ohnehin niemand erkennt. Als geheimes Geheimzeichen hat sich Casanova dafür eine Marmor-Brosche in der Form einer Weisswurst ans Gewand geheftet. Wie knallharte Recherchen zeigen, sollen die Kommissionsmitglieder in der geheimen Pause ihrer ersten geheimen Sitzung auf Bundeskosten heimlich Bretzn, Obatzn, Radi und Bier gejaust haben. Die SVP reagiert in einer Stellungnahme scharf. «Bavaria relocata» sei ein staatspolitischer Skandal erster Güte, sagt SVP-Mann Luzi Stamm. Casanova müsse ihr Amt und ihre Weisswurst-Brosche sofort niederlegen. Und im Übrigen verlange er sein Toupet zurück.

TV-Kritik Von Michael Furger

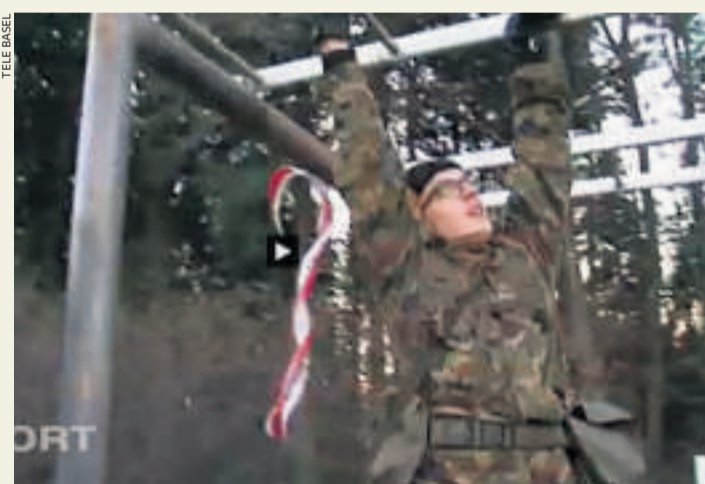
Tele Basel zeigt, wie guter Lokaljournalismus aussieht

Report: Das grosse Leiden in Liestal, Teil 1
Tele Basel, 25. Juni, 18 Uhr 15

Lokalfernsehen hat nicht den besten Ruf, oft zu Recht. Man kennt die drögen Beiträge über einen ausgebrannten Hasenstall oder einen Streit um die Linde auf dem Dorfplatz. Und es gibt die Lokalreporter, die nur eine Interviewfrage kennen («Wie fühlen Sie sich?»). Leider sind es viele.

Aber es gibt auch solche, die guten Fernsehjournalismus machen. Zu ihnen gehört ein Team von Tele Basel, das für die Sendung «Report» über das Leiden in der Offizierschule Liestal (BL) berichtet. 50 Minuten lang ist die zweiteilige Reportage, und sie ist ausgezeichnet, weil die Journalisten taten, was man in solchen Fällen tun muss: ganz nahe herangehen. Die Kamera ist immer mittendrin bei den rennenden, kriechenden und stöhnenden Männern.

Gleichwohl ist sie kein Fremdkörper, der die Realität verfälscht. Die Nervosität zu Beginn, die Erschöpfung, der psychische Stress, die gnadenlosen Schleifer unter den Ausbildnern – das alles wirkt authentisch, nicht zuletzt, weil man darauf verzichtet, mit pompöser Musik oder Zeitlupen künstlich Dramatik zu kreieren. Die Reporter versuchten dafür herauszufinden, weshalb sich die Maturanden oder Uhrmacher die Schinderei antun. Sie begleiten die Aspi-



Klettern, stöhnen, leiden, und die Fernsehkamera ist immer nahe dran. Aspirant in der Offizierschule Liestal.

ranten nach Hause, befragen die Mutter und die Freundin am Küchentisch und führen Interviews mit den Männern.

Die Reportage bestätigt, dass guter Journalismus Zeit braucht. Menschen öffnen sich einem Reporter erst nach einer Weile. Und so erklärt der Schulkommandant, weshalb er die Truppe nach dem Nachtmarsch und 38 Stunden Schlaflosigkeit auf die Kampfbahn schickt, obwohl kaum noch einer stehen kann (um sie zu lehren, mit Ungewissheit umzugehen).

Die Führungsgrundsätze sind so rustikal, wie man sie kennt von der Armee, der Drill um falsch ausgerichtete Gamellendeckel wie gewohnt etwas bizarr («Mit Details gewinnt man den Krieg! Weitermachen!»). Die Reporter kommentieren das nicht. Sie schauen nur hin. Und so ist die Reportage zwar kein armeekritischer Bericht, aber auch kein armeefreundlicher, sondern einfach eine gute journalistische Erzählung.

Grenzerfahrung

Angriff auf den Föderalismus



Marina Masoni

Kürzlich hat der Ständerat die Volksinitiative der Linken, der Grünen und der EVP mit dem Namen «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben zurückgewiesen. Die Initiative fordert die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Einheitssatz von 20 Prozent oberhalb eines Freibetrags von zwei Millionen Franken. Auch Schenkungen von mehr als 20 000 Franken pro Jahr wären betroffen. Von der Steuer ausgeschlossen wären nur Erbschaften oder Schenkungen zugunsten des Ehepartners oder des registrierten Partners sowie von steuerbefreiten juristischen Personen.

Die Ständeräte bezweifelten die Gültigkeit der Initiative, sowohl wegen deren Rückwirkung (betroffen wären Erbschaften und Schenkungen ab 1. Januar 2012) als auch wegen der vermutlich fehlenden Einheit der Materie (die Initiative vermischt steuer- und sozialpolitische Normen). Die Bundesversammlung wird aber eine Abstimmung kaum verhindern, auch wenn die rechtlichen Bedenken gerechtfertigt sind und das Rückwirkungsverbot ein Grundprinzip ist. Im

Zweifelsfall überwiegt in der Praxis das Recht des Volkes, seinen Willen kundzutun.

Neben der Verletzung des Rückwirkungsverbots gibt es in einem liberalen Staatsmodell weitere grundsätzliche Bedenken gegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer als solche, wenigstens bei den nächsten Verwandten. Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem so hohen Satz wäre ein eigentlicher Angriff auf das Recht auf Eigentum. Umso mehr, als Einkommen und Vermögen bereits besteuert sind. Doch abgesehen davon liegt der negativste Aspekt der Initiative in ihrer zentralistischen und antiföderalistischen Ausrichtung. Die Kompetenzen der Kantone würden missachtet und vernichtet durch eine Steuer, die wie eine Strassenwalze durchs Land fahren würde. Alle Reformen in Steuerbelangen, welche die Kantone mit Rücksicht auf ihre Besonderheiten umgesetzt haben, würden plattgedrückt werden. Im Tessin gab es zwei Reformen des Erbschafts- und Schenkungsrechts: 1995 wurden von dieser sozialistischen und wenig liberalen Steuer die Ehepartner ausgenommen; 2000 die direkten Vor- und Nachfahren (Letztere durch Volksentscheid). Steuern, die so direkt auf die Rechte des Steuerzahlers abzielen (wie etwa jenes auf Eigentum), müssen im Kompetenzbereich der Kantone bleiben und sollten dem Willen des eigenen Volkes überlassen, aber keinesfalls dem Zentralstaat übertragen werden. Wollen wir den kompetitiven Steuerföderalismus als Wohlstandsmotor unseres Landes verteidigen?

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.